

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Jochen Welt MdB zur Notwendigkeit, Perspektiven für die Wahrung des inneren und äußeren Friedens zu entwickeln: Eine Rückschau aus dem Jahr 1997.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zum Deutschland-Besuch von Minister Kamal Nath: Umweltpartnerschaft mit Indien entwickeln.

Seite 4

Dokumentation

Eine Reihe deutscher Verleger hat dazu aufgerufen, der Gewalt gegen Ausländer entgegenzutreten.

Wortlaut

Seite 6

47. Jahrgang / 173

9. September 1992

Eine Rückschau aus dem Jahr 1997

Zur Notwendigkeit, Perspektiven für die Richtung des inneren und äußeren Friedens zu entwickeln

Von Jochen Welt MdB

(1994)

Wie froh war man doch in Straßburg und Brüssel, Paris, Bonn und auch Kopenhagen über die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht und die Einführung der Freizügigkeit innerhalb Europas gemäß des Schengener Abkommens.

Hatte man auch Abstriche machen müssen - der ECU sollte nun doch "Franken" heißen und erst 2004 als europäische Leitwährung eingeführt werden -, so waren die Essentials gerettet: die Eurokratie bleibt in Brüssel, das letzte Wort bei Alt-Premier Margret Thatcher in London, die guten Absichten bei den Parlamentariern in Straßburg.

Wie heimlich in den meisten Hauptstädten erhofft, hatte sich die Vereinigung Deutschlands immer noch nicht auf dessen Wirtschaftskraft und somit auf sein politisches Gewicht ausgewirkt.

Im Gegenteil: der "kranke Mann an der Spree" (Zitat Jörg Haider, Bundeskanzler des EG-Neuzugangs Österreich) lag immer noch darnieder, geschwächt vom andauernden Mittelabfluß in die neuen Bundesländer, "den wilden Osten" (Zitat Lufthansavorstandssprecher Jürgen W. Mölleman).

Mit klammheimlicher Freude betrachtet man im Elyseepalast die Fixierung der deutschen Politik auf innerdeutsche Probleme wie wilde Streiks, Brandanschläge gegen Asylanten ("wie bei uns in Marseille", Zitat Innenminister Jean-Marie Le Pen) und den Meinungsstreit um Tempo 130 auf den Autobahnen.

Sorge bereiteten allenfalls die länderübergreifenden Aktivitäten der "Schwarzes-Corps-Fraktion", eines straff organisierten Zusammenschlusses von rechtsradikalen Gruppierungen, die Drahtzieher vermuteten BKA wie Verfassungsschutz in Rostock ("unsere Heldenstadt", Zitat Bernd Kapp, Aktivist).

Daß der Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Osten Ende 1994 einen neuen Höchststand erreicht hatte, machte Alt- und Neukanzler Helmut Kohl an mehreren Gründen fest:

Verlag, -Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Vermittlung
mit dem
Rechtssystem



- Die Änderung von Artikel 16 Grundgesetz von Herbst letzten Jahres habe noch nicht greifen können.
- Der dank Satellitentechnik auch in Polen, Rumänien und mehreren GUS-Staaten mögliche Empfang des deutschen Kommerz-Fernsehens verursache dort Begehrlichkeiten, die man dann in Deutschland zu stillen gedenke.
- Die Herkunftsstaaten seien trotz großzügiger Wirtschaftshilfe zu unkooperativ.

Intern ergänzte Außenminister und Vizekanzler Hans-Ulrich Klose diese Analyse noch um das unpraktikable Schengener Abkommen.

(1995)

An eine ausgelassene Sylvesterfeier dachte Stanislaw (Stanko) Pilsudski aus Gozdowice an der Oder, als er gegen 2.00 Uhr nachts am gegenüberliegenden deutschen Ufer aus Richtung Gústebieser langanhaltende Explosionen hörte und Feuerschein bemerkte.

Der sechs Mann starken Patrouille des Bundesgrenzschutzes, die bei einer spontanen Routenänderung auf eine Gruppe von 53 kasachischen und rumänischen illegalen Grenzgängern gestoßen war, war nicht nach Feiern zumute.

Nachdem die Grenzgänger das Kommando "Stop" nicht beachteten, vielmehr auf den BGS-Trupp in drohender Haltung zugingen, kann es zu einer Eskalation. Das jüngste Trupp-Mitglied, ein Wachtmeister aus Bad Reichenhall, ließ sich seine Maschinenpistole entwinden, worauf der Truppführer Schüsse in die Luft abgab und seine Dienststelle alarmierte. Das Durcheinander nutzen die Grenzgänger zur Flucht nach Westen, nicht ohne den ohne Bewachung abgestellten BGS-Jeep anzuzünden. Drei Grenzschützer wurden bei dessen Explosion verletzt, ein Rumäne getötet.

Die "Blamage an der Oder", so "BILD" am 2. Januar 1995, hatte ungeahnte Folgen. Das Bundesgrenzschutzkommando Ost erließ mit Rückendeckung aus Bonn verschärfte, das heißt gelockerte Bestimmungen für den Einsatz von Schußwaffen.

Die BGS-Angehörigen, von Bundeswehrkameraden wie Freunden und Verwandten der Lachheit und Unfähigkeit geziehen, legten "zwei Gänge zu". Dazu BGS-General Jung: "Wir können an der Oder nicht mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen. Entweder - oder!"

Dieser Einschätzung seiner Dienstpflichten stimmten 66 Prozent der Deutschen über 21 Jahren und sogar 73 Prozent der Deutschen zwischen 14 und 20 Jahren zu, so eine Blitzumfrage der Wickert-Institute von Februar 1995.

Als Folge der neuen Grenzpolitik kam es zu einem plötzlichen Aufbrechen von Feindseligkeiten an den Ostgrenzen. Die Schlepperorganisatoren, zumeist Mitglieder der russischen Maffia und früher bei den SMERSH-Spezialtruppen der EX-UdSSR, machten rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch, ebenso wie der BGS, der sich einem zahlenmäßig Überlegenen, mit großer krimineller Energie agierenden Gegner gegenüber sah.

Auf den innerdeutschen Frieden hatte die Zuspitzung im Osten ungeahnte Auswirkungen.

Wie bei einem Guß von Benzin in glühende Asche flammte überall in Deutschland die Feindseligkeit gegen Fremde, zunächst nur gegen Asylanten, wieder auf, in den alten Bundesländern genauso wie in den fünf neuen. Reisende Gewalttäter des "Schwarzen Corps" aus den neuen Bundesländern vermittelten ihren westdeutschen Freunden eine neues "Pack-Gefühl" und wurden, nach anfänglicher Ablehnung, wegen ihrer Skrupellosigkeit, Belastbarkeit und profi-

haften Einstellung mit Respekt aufgenommen. "Wir sind jetzt Eure Entwicklungshelfer", so Skin "Kopfschuß" aus Dresden bei den Verbrüderungsfeiern mit der Dortmunder Borussiafront.

Man hatte sich zum Bundesligaspiel Dortmund - Dresden getroffen und feierte die geglückte Treibjagd auf Erdal Sunal und seinen Freund Fatih Gören, beide in Dortmund geboren - und jetzt gestorben -, eingefleischte Borussia-Fans.

Daß ein Onkel von Fatih Kontakte zu den "Grauen Wölfen" hatte, daß deren Jugendorganisation bei der Stadtteilgang "Die Sultans" stark vertreten war und nur darauf wartete, es den "Hell Angels" aus Dortmund-Hörde einmal richtig zu zeigen - all das konnte "Kopfschuß" nicht wissen. Und wenn er es gewußt hätte - nichts wäre anders gelaufen.

Jetzt lief es genauso ab, wie es der Polizeipsychologe der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup und das Hamburger Friedensforschungsinstitut von Egon Bahr in unabhängig erarbeiteten Untersuchungen beschrieben hatten.

Die Hamburger hatten das Problem aus europäischem Ansatz bearbeitet. These: Das Machtvakuum nach der Ex-UdSSR hat den kalten Krieg zwischen Ost und West und seine stabilisierende Funktion vernichtet.

Der durch die KP der UdSSR auf Schwesterparteien und durch diese auf die vielen Nationalitäten im Osten ausgeübte Druck fehlt, das Blut kocht in vielen Ländern wie bei einer zu schnellen Dekompression eines unerfahrenen Tauchers.

Die aufbrechenden Nationalitätenkonflikte, die katastrophale Wirtschaftslage im Osten erzeugen Druck, der ausreicht, zunächst junge, unternehmungslustige, danach aber auch andere Bewohner des zerfallenen Reiches aus ihrer Heimat in den Westen zu treiben.

Die Bundesrepublik wie die westeuropäischen Gründungsmitglieder der EG werden sich, so die Hamburger Prognose, einkapseln und diese "splendid isolation" notfalls mit Waffengewalt durchsetzen.

(1996)

Auf seiner Jahreshauptversammlung im Berliner Hilton bezeichnet sich der Verband "Sicherheitstechnik, Personenschutz, Bewachung SPB" als "Schutzengel der Demokratie", so sein Geschäftsführer und "Urberliner" Heinrich Lummer.

Seine Zahlen sind eindrucksvoll, die Zusatzraten gewaltig. In allen größeren Städten entstehen "Security Ressorts", abgegrenzte Sicherheitszonen, beschützte Siedlungen, eingefriedete Residenzen. Das von ehemaligen Neue-Heimat-Aufkäufer errichtete "Villa verde"-Projekt in München-Grünwald entwickelt sich zum Pilgerziel gutsituierter, aber verängstigter Menschen, die sehen wollen, wie man hinter hohen Mauern und ohne lästigen Kontakt mit den kommunalen Problemzonen lebt.

Auch diese gibt es in jeder Stadt, nachdem die Slums so groß geworden sind, daß bestimmte Einwohnergruppen in ihren Bereichen Reviere abstecken und behaupten können. Nachdem in einigen Stadtvierteln der deutsche Bevölkerungsanteil unter 30 Prozent gesunken ist, in anderen das Durchschnittseinkommen unter die Sozialhilfegrenze, bietet sich genügend Konfliktstoff.

Die Polizei "schützt rechtsfreie Räume" so die Untersuchung aus Hiltrup. Sie hat außer mit externen Belastungen auch mit inneren Schwierigkeiten durch Korruption zu kämpfen und ist nur noch bedingt einsatzbereit und -fähig.

Die Folge sind Bandenkriege, die sich von lokalmotivierten Konflikten zu einer neuen, gefährlichen Quantität aufschaukeln: Christentum gegen Islam.

Was vielleicht nach dem Bundesligaspiel in Dortmund nur als willkommene und wahrgenommene Chance erschien, nämlich einen "Mutti plattmachen", so "Kopfschuß", wird nach dem Prinzip von 'actio et reactio' zu einem Konflikt Weiß gegen Farbige, Arm gegen Ärmere, Christ gegen Muslim. Als Christen bezeichnen sich dabei vornehmlich diejenigen, die seit ihrer Taufe keine Kirche mehr von innen gesehen haben und, weil sie "an Gott glauben, aber nicht an die Kirche" aus dieser ausgetreten sind und dabei Kirchensteuer sparen konnten.

Unter den "Kreuzzüglern" gibt es aber auch etliche, die aus flammender Liebe zur Bibel leben und kämpfen, zum letzten Gefecht gegen Unglauben und Antichristen rüsten, die Colonia Dignidad und amerikanische Erweckungsprediger als Vorbilder haben.

Die Zusammenstöße in Deutschland weiten sich aus - mit an den jugoslawischen Bürgerkrieg erinnernden Grausamkeiten. Der Funke von Jugendbandenkämpfen zu Straßenschlachten springt über. Obwohl schon in der 3. Generation in Deutschland lebend, entschieden sich viele Türken, für ihre Religion einzutreten, zu kämpfen und auch zu sterben, es wird ihnen auch keine andere Wahl gelassen.

Auch in anderen europäischen Ländern mit starken Minderheitsgruppen kommt es zu Konflikten. Freiheitsbewegungen in Korsika, Schottland, Spanien und Sardinien nutzen die Gunst der Stunde.

Da die einzelnen Staaten mit dem Flächenbrand nicht allein fertig werden, wird ein der NATO zunächst nur assoziierter Planungs- und Führungsstab gegründet. Eine multinationale Eingreiftruppe hat nur begrenzte Erfolge. Solange man den finanziellen und ideologischen Nachschubweg aus dem Süden und die Flüchtlingsinvasion aus dem Osten und Südosten nicht stoppen könne, sei der Konflikt nicht einmal zu begrenzen, geschweige denn zu lösen, so die Konferenz der europäischen Verteidigungsminister.

(1997)

Die Bundeswehr beginnt ein Programm zur verstärkten Einberufung von Reservisten, im Casinolang "Deutschland erwache" genannt. Gleichzeitig nimmt beim zentralen Beschaffungssamt in Koblenz eine spezielle Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit auf. Sie soll den Standartausrüstungsnachweis (STAN) der Bundeswehr auf die Eignung für extreme Temperaturen ("heiß und kalt", so der Generalinspekteur) überprüfen und gegebenenfalls ergänzen.

Fiktion oder Faktion - urteilen Sie selbst!

Ich wollte in diesem Szenario, bewußt überzeichnet, eines zu überlegen geben: Sozialpolitik, Außenpolitik und Entwicklungspolitik sind nicht mehr getrennt zu betreiben und zu bewerten. Im Gegenteil, sie bedingen einander.

Was soll eine Entwicklungspolitik, wenn eine innerdeutsche Sozialpolitik für viele nicht mehr nachvollziehbar ist, wenn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit die Staatsverdrossenheit nähren, wenn interne Probleme die außenpolitische Handlungsfähigkeit lähmen?

Was soll das Allheilmittel "Grundgesetzänderung", wenn schon jetzt feststeht, daß ein modifizierter Artikel 16 keinesfalls die versprochene Entspannung in der Asylproblematik bringen kann?

Was soll die Diskussion über einen "out of area"-Einsatz der Bundeswehr, solange die Polizei hier in Rostock, Hoyerswerda, in Ost- wie Westdeutschland im Einsatz sein muß?

Wer draußen befrieden will, muß erst inneren Frieden schaffen.

Wir müssen den alten Lateiner-Spruch "Wer den Frieden will, sei zum Krieg bereit" ändern:
"Wenn Du Frieden willst, mußt Du Frieden bereiten!"

(-/9. September 1992/rs/ks)

Umweltpartnerschaft mit Indien entwickeln Zum Deutschland-Besuch von Minister Kamal Nath

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Dieser Tage hielt sich der indische Minister der Umwelt und Forsten, Kamal Nath, in Deutschland auf. Er sprach unter anderem mit seinem deutschen Amtskollegen Klaus Töpfer. Im Gegensatz zu seiner Amtsvorgängerin, der Staatsministerin Maneka Gandhi, besitzt Kamal Nath den Rang eines vollwertigen Kabinettsmitgliedes. Im Moment ist allerdings noch nicht klar erkennbar, welchen Stellenwert der Umweltschutz in der indischen Politik einnimmt. Für die Stärkung des Ressorts könnte eine Umweltpartnerschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Indien, wie schon am Beispiel Brasilien vorexerziert, durchaus nützlich sein.

Diese Maßnahme wäre ein erster Schritt, den mit der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro eingeleiteten Prozeß einer globalen Umweltpolitik mit Leben zu erfüllen.

Nach eigener Aussage versteht Kamal Nath sich nicht wie seine Amtsvorgängerin Maneka Gandhi als Umweltaktivist. Er bezeichnet sich als Politiker, dem der Bereich Umwelt übertragen wurde, und dem er nach besten Kräften gerecht zu werden versuche.

Nach vorliegenden Informationen will Kamal Nath jedoch die Initiative Maneka Gandhis zur Einrichtung von Umwelt-Gerichtskammern fortführen, allerdings als Tribunale mit eingeschränkter Kompetenz. Die Öffentlichkeit könne dort Entschädigung für Umweltschäden aus Industrieunfällen einklagen. Das Kabinett habe dem Gesetzentwurf bereits zugestimmt und dieser werde bald dem Parlament in New Delhi zur Abstimmung vorgelegt.

Kamals Nath spricht sich ausdrücklich für eine breite Beteiligung von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO's) im Umweltsektor aus: "Wir haben in Indien eine sehr gute NGO-Bewegung...Gelegentlich haben sie meinem Ministerium wertvolle Anstöße geliefert. Sie vertreten eine gänzlich andere Meinung als wir, und das ist ein gutes Zeichen."

Kamal Nath stellt als Schwerpunkte seiner Politik das Bemühen heraus, eine "Nationale Schadstoff-Politik" und einen "Nationalen Naturschutz" zu etablieren. Die Schadstoffpolitik soll Emissions-Standards für Industriebetriebe festlegen und mittelfristig besonders gefährlichen Industriezweigen die Erstellung eines Umweltverträglichkeitsberichtes vorschreiben, in dem die Betriebe die Mengen der von ihnen verarbeiteten und produzierten Gefahrenstoffe publizieren müssen.

Die für ganz Indien einheitlich angestrebten Leitlinien zum Naturschutz schließen einen Plan zur Säuberung der Flüsse und Wiederaufforstungsmaßnahmen ein. Kamal Nath teilte mit, Indien habe in den vergangenen zehn Monaten zwei Millionen Hektar Land wiederaufgeforstet.

(-/9. September 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Deutsche Verleger: Der Gewalt entgegenstellen

Eine Reihe deutscher Verleger hat unter dem Eindruck der Rostocker Pogrome dazu aufgerufen, der verbalen wie physischen Gewalt gegen Ausländer entgegenzutreten. Wir dokumentieren den Aufruf, der am heutigen Mittwoch auch als Anzeige in der "tageszeitung" erschienen ist.

An alle, die Beifall geklatscht hätten, wenn in Deutschland wieder Menschen verbrannt wären!

Die erschreckenden Ereignisse in Rostock und zahlreichen anderen Orten der Bundesrepublik sowie die noch schrecklichere Gaffer- und Unterstützer-Szene zwingen uns zu folgender Stellungnahme:

- o Wieder sind Deutsche bereit, ihre Wut an Unschuldigen auszutoben.
- o Wieder sind Deutsche bereit, sich von den eigentlichen Gründen ihrer sozialen Not und beruflichen Perspektivlosigkeit ablenken zu lassen.
- o Wieder sind Deutsche bereit, zuzusehen, wie Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt werden. Fremdenhaß verdeckt die eigene Leere.
- o Asylsuchende kommen nach Deutschland, unabhängig von unserer Rechtslage, weil sie in Not sind, wobei zum Teil organisierte Banden ihnen den letzten Rest ihrer Habe rauben und sie mit falschen Versprechungen locken.
- o "Deutschland den Deutschen" weisen wir zurück. Wir leben seit Jahrzehnten mit Menschen aller Nationen zusammen. Sie sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir müssen nicht nur, wir wollen mit ihnen zusammenleben.

Für die Vorgänge in Rostock und anderswo gibt es keine Entschuldigung! Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich der Kette aus Ressentiment, Verleumdung, Gewalt entgegenzustellen.

Alexander Verlag, Berlin; alibaba Verlag, Frankfurt am Main; Aufbau Verlag, Berlin; Bleicher Verlag, Gerlingen; Campus Verlag, Frankfurt am Main; S. Fischer Verlag/Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main; Frauenoffensive Verlag, München; Verlag am Galgenberg, Hamburg; Peter Hammer Verlag, Wuppertal; Edition Hentrich, Berlin; Hinstorff Verlag, Rostock; Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; Wolfgang Krüger Verlag, Frankfurt am Main; Antje Kunstmann Verlag, München; Lambert Schneider Verlag, Gerlingen; Listen, Zeitschrift für Leserinnen und Leser, Frankfurt am Main; Luchterhand Literatur Verlag, Hamburg; Verlag Dirk Nishen, Berlin; Orlanda Frauenverlag, Berlin; Papyrossa Verlag, Köln; R. Piper Verlag München; Prolit Verlagsauslieferung, Fernwald; Reclam Verlag, Leipzig; Philipp Reclam jun. Verlag, Dietzingen; Rotation Verlag und Vertrieb, Berlin; Rotbuch Verlag, Berlin; sova, sozialistische Verlagsauslieferung, Frankfurt am Main; tende Verlag, Dülmen; Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

(-/9. September 1992/rs/ks)
